

Ostland-Berichte

Reihe B: Wirtschafts-Nachrichten.

Herausgegeben vom Ostland-Institut in Danzig

Inhalt:

Die Siedlungstätigkeit in Pommerellen.
Der deutsche Groß- und Kleingrundbesitz in Pommerellen.
Die Tätigkeit der Kreditgenossenschaften.
Charakter und Organisation der Bioloftoker Textilwarenausfuhr.
Zinslose jüdische Kassen in Polen.
Zum Wegebauprogramm für die Jahre 1935—41.

Die Siedlungstätigkeit in Pommerellen.

Kürzlich berichtete die polnische Presse über die Erfolge der staatlichen Parzellierungs- und Ansiedlungstätigkeit in Pommerellen. Danach seien in den letzten 15 Jahren polnischer Regierung in Pommerellen durch die staatlichen Parzellierungsstellen 393 Güter mit einer Gesamtfläche von rund 60 000 ha aufgeteilt und auf dieser Fläche über 4000 (genau 4037) selbständige landwirtschaftliche Betriebe (Siedlungen) geschaffen worden.

Die Zahlen stimmen auffallenderweise nicht mit früheren Angaben von polnischer Seite überein, weshalb auch diese hier wiedergegeben seien. In einer bereits Ende 1933 vom Baltischen Institut herausgegebenen, jedoch erst in diesem Jahre im Buchhandel erscheinenden Schrift von Franciszek Gziedziac: „Bemerkungen über die gegenwärtige Siedlung in Pommerellen“, gibt der Verfasser folgende Zahlen an:

„Die in der Zeit von 1920 bis 1933 vom Bezirkslandamt in Grandzen durchgeführte Parzellierung umfaßte 78 372 ha. Daraus wurden 3081 neue selbständige Betriebe geschaffen, die eine Fläche von 50 739 ha umfassen (mittlere Fläche 13,8 ha); außerdem wurden 171 Musterwirtschaften mit einer Fläche von 7226 ha (durchschnittlich 42,2 ha) und 2215 Arbeiter- und andere Parzellen mit einer Fläche von 1400 ha geschaffen. Gleichzeitig vergrößerte man im Wege der Nachbarparzellierung 3353 Kleinbetriebe um 13 679 ha, indem man zu den einzelnen Betrieben 4,1 ha hinzugab.“

Jedoch das ebenfalls vom Baltischen Institut zur gleichen Zeit bekanntgegebene „Ergebnis der Parzellierung in Pommerellen in der Zeit von 1919—1933“ bringt wiederum andere, mit denen von Gziedziac nicht übereinstimmende, Angaben. Hiernach betrug die insgesamt parzellierte Fläche 93 297,4 ha. Davon entfielen auf die in einer Anzahl von 4630 neu geschaffenen Arbeiterwirtschaften ohne Mutterwirtschaften 64 523,2 ha, auf die 2512 Arbeiter-, Handwerks-, Bau-, Sommer- und Beamtenparzellen 2 044,9 ha und auf die 180 Spezialsiedlungen und Mutterwirtschaften 7272,1 ha. Zur Vergrößerung von 3361 Wirtschaften wurden 13 397,0 ha verwendet. Außerdem wurden aus allen Arten der Parzellierung an staatliche, kommunale u. a. Institutionen 3653,3 ha verkauft und schließlich bei der Parzellierung für allgemeine Ziele ausgegliedert oder auch im Staatsbesitz belassen 1951,9 ha.

Da von polnischer amtlicher Seite Bekanntgaben darüber bisher fehlen, ist eine Nachprüfung, welche von diesen Angaben nun die richtigen sind, vorläufig nicht möglich. Der Wahrheit am nächsten dürften wohl die vom Baltischen Institut veröffentlichten Zahlen kommen. Der Unterschied zwischen den kürzlich in der Presse bekanntgegebenen Zahlen und denen der beiden anderen

angeführten Stellen dürfte in der Hauptsache darin zu suchen sein, daß die polnische Presse nur Angaben über die staatliche Parzellierung macht, dagegen die private Parzellierung, deren Umfang allerdings recht gering ist, außer Acht läßt.

Nach den letzten Angaben würde gegenwärtig die Parzellierung von 31 Gütern in den verschiedenen Kreisen durchgeführt, wo mit einem Kostenaufwande von nahezu 4 Millionen Zl. rund 1500 Gebäude auf fast 500 Siedlungen errichtet wurden.

Bei dieser Zahl scheint es sich um die im Winter 1934 zur Entladung vorbereiteten Güter zu handeln. Auf Grund sicherer Mitteilungen, die wir über diesen Entladungspfan besitzen, befaßten sich allein in Pommerellen auf der Liste 26 deutsche Güter mit 5760 ha.

In der polnischen Presse wird darauf hingewiesen, daß, obwohl die Lage des Siedlers eine noch viel schwerere als die schon außerordentlich drückende der polnischen Landwirtschaft Pommerellen überhaupt sei, weil der Siedler außer den allgemeinen Lasten, welche der Landwirt zu tragen habe, auch noch hohe Renten zahlen müsse, ohne daß er bei den niedrigen Warenpreisen nennenswerte Einnahmen habe — so solle es doch nie an zahlreichen Anwärtern auf Siedlungen.

Auch dieser Behauptung könnte widersprochen werden, da Fälle bekannt sind, wo Besitzer in privater Parzellierung Parzellen zum Verkauf anboten, ohne daß sich Anwärter dafür fanden.

In Pommerellen könne heute die verschiedensten Arten der Parzellierung antreffen. „Erwähnen wir zuerst die Parzellierung, wie sie vor dem Kriege von den Fremdherrschern angewandt wurden, um Pommerellen vollständig zu germanisieren, indem sie den Polen die Güter wegnahmen, und auf den auf deren Boden errichteten Siedlungen deutsche Kolonisten ansetzten. Polen konnten eine solche Ansiedlung nicht erhalten; sie konnten bestenfalls auf ihnen arbeiten, als Landarbeiter oder Knecht . . .“

Sehr genau entsprechen sich dieser Leiden die alteingesessenen Pommereller und überweisen sie der Geschichte . . .

Heute befindet sich ein großer Teil dieser Siedlungen in polnischen Händen, wenngleich es auch nicht an einer beachtlichen Anzahl deutscher Siedler fehlt, die hier aus der Zeit der Fremdherrschaft verblieben sind. Als eine ungesunde Erscheinung der letzten Zeit ist es anzusehen, daß die Deutschen wiederum die Hände ausstrecken, um von den polnischen Ansiedlern Grundstücke zu erwerben.“

Von den verschiedenen in Pommerellen vorkommenden Siedlungsarten seien zu nennen: Die Renten-, Liquidations- und Amortisations-siedlungen, sowie die Siedlungen mit „ewigen Renten“ und die sog. „Landschaften“, das sind Siedlungen der Neuen Westpreussischen Landschaft. Die alten Siedlungen seien also außerordentlich stark mit den verschiedenen Zahlungen belastet, sei es der Renten oder anderer mit dem Erwerb der Siedlung im Zusammenhang stehender Verpflichtungen. Diese zahlreichen Renten mit im allgemeinen sehr hohen Zinssätzen bedingten es gerade, daß sich die pommerellischen Siedler in einer noch weitaus schwierigeren Lage befänden, als die Landwirtschaft überhaupt, welche, ohne mit diesen Schulden belastet zu sein, unter dem Druck der allmächtigen Wirtschaftskrise kaum zu atmen vermöge. Die Lage dieser Siedler sei erschreckend.

Außer diesen verschiedenen Siedlungen aus der Vorkriegszeit kämen aber zu den zu Anfang besprochenen staatlichen Siedlungen diejenigen hinzu, welche aus der privaten Siedlungstätigkeit hervorgegangen seien und deren Wirtschaftslage geradezu katastrophal sei. Es gebe nicht wenige unter diesen Siedlern, die trotz mehrjähriger Bewirtschaftung noch immer nicht in den Besitz entsprechender Wirtschaftsgüter gelangt seien.

Bei der Behandlung des Siedlungswezens in Pommern wird in einem Artikel im „Kurier Poranno“ aus ein Abridged über die in früheren Jahrhunderten, angeblich aus reinen Germanisierungszwecken durchgeführte Besiedlung und Kolonisierung dieses Gebietes gesprochen. Dabei behauptet der Verfasser u. a., daß im Jahre 1774 (also nach der ersten Teilung Polens) der Grundbesitz in Pommern rein polnisch gewesen sei (wogegen sich leicht Gegenbeispiele anführen lassen).

Eine nennenswerte Wandlung vollziehe sich erst unter der Regierung Friedrichs II. und der ersten Hälfte des XIX. Jahrhunderts, in welcher Zeit „der polnische Besitzstand sich in katastrophaler Form verringert“.

Die im Jahre 1886 geschaffene Ansiedlungskommission trat bereits auf einen organisierten Widerstand der polnischen Bevölkerung. Während der ganzen Zeit ihrer Tätigkeit erwarb die Ansiedlungskommission in Pommern über 5% der Gesamtfläche der damaligen Provinz Westpreußen, schuf dort rund 7000 Siedlungen und siedelte rd. 60 000 Menschen an. Die angestrebte Ansiedlungstätigkeit verschob (nach den Angaben Dr. Wojkowskis) das Verhältnis der deutschen Bevölkerung in Pommern zur Gesamtbevölkerung dieses Gebietes um 6,2% zugunsten der Deutschen.

Ein Beweis für die Unnatürlichkeit dieses ganzen Unternehmens sei, nach Ansicht des Verfassers, die massenhafte Auswanderung der Deutschen aus Pommern nach der Niederschlagung an Polen, die vollkommen freiwilligen Charakter getragen habe. Hierfür werden deutsche Verfasser wie Bart, Kleinow, Schütz angeführt. Die Abnahme der Deutschen in Pommern seit Beendigung des Krieges bis zum Jahre 1931 schätzt der Verfasser auf rund 300 000 Personen. Die Hauptwelle der Abwanderung entfiel jedoch noch auf die Zeit vor der Übernahme Pommerns durch Polen; also vor dem Februar 1920. In dieser Zeit blieben rd. 190 000 Deutsche, also ungefähr 67 Prozent der gesamten Abwanderung, Pommern verlassen. Dagegen betrage die Zahl der deutschen Auswanderer in den Jahren 1920—1931 ungefähr 110 000 Personen, d. h. rd. 33 Prozent der gesamten Abnahme der Deutschen in diesem Gebiete.

Von dieser Anzahl entfielen fast $\frac{1}{2}$ auf die ersten drei Jahre der polnischen Regierung vor Ablauf der Option für die Beibehaltung der deutschen Staatsbürgerschaft. 64 Prozent dieser Auswanderer seien deutsche Öpanaten gewesen. Die Zahl der zwangsweise Ausgesiedelten betrage dagegen in dem gleichen 11-jährigen Zeitraum nur 1688 Personen, was 1,5 Prozent der Gesamtzahl der Abwanderer ausmache.

Den Entdeutschungsprozess der pommerschen Städte zeige am besten das Beispiel von Thorn:

Jahr	Gesamtzahl d. Einwohner	Polen	%	Deutsche	%
1910	47 000	14 800	31,6	30 500	65
1919	42 500	17 800	41,5	24 400	57,4
1920	37 350	30 950	82,7	6 240	16,6
1925	42 850	38 190	89,1	4 350	10,15
1926	45 580	43 010	94,1	2 240	4,82
1930	55 800	52 400	93,0	2 860	5,1

„Diese Zahlen beweisen am besten, auf welch schwache Grundlage sich die deutschen Ansiedlungspläne im polnischen Pommern stützen.“

Von Interesse sind im Zusammenhang mit den hier besprochenen Fragen auch die Ausführungen von Professor Dr. L. Caro, dem 2. Vorsitzenden des Exekutivrates beim Primas von Polen, über die „Änderung der Verteilung des Landesbesitzes“. Dies mehrfachen

Parallelen zu den Agrarverhältnissen in anderen Staaten Europas unterzeichnen die Bringlichkeit des Siedlungsproblems in Polen.

Nach den Angaben Wlasylaw Grabkis, eines der besten Kenner der polnischen Agrarverhältnisse, hätten in Polen 52,6 Prozent der gesamten ländlichen Bevölkerung gar keinen oder unzureichenden Grund und Boden, und davon seien 31 Prozent völlig landlos. Von der zum 31. 12. 1931 erezneten Gesamtbevölkerung Polens von 32 133 500 entfielen auf das Land 23 252 900, d. h. 74,4 Prozent, wovon 21,7 Millionen die landwirtschaftliche Bevölkerung ausmache, während der Rest nur auf dem Lande wohne. Von diesen 21,7 Millionen seien nach Schätzungen von Poniatowski 12,3 Millionen Einwohner in Landwirtschaft, Viehzucht, Obstbau, Forstwesen und Fischerei beruflich tätig, während der Rest in keinem dieser Berufe beschäftigt sei und somit von den ersteren unterhalten werden müsse. Dies seien erschreckende Zahlen. Denn vergleichsweise entfielen beruflich in der Landwirtschaft tätig auf 100 ha in Dänemark — 15,5, in Großbritannien — 17,4, in Frankreich — 25, in Deutschen Reich — 34,2, der Tschechoslowakei — 34,7 und am meisten in Polen, nämlich 45,5 (während Poniatowski höchstens 30 angibt, welche Zahl Prof. Caro als falsch bezeichnet).

Die Löhne der Landarbeiter hätten in Polen zusammen mit dem Deputat und dem eingerechneten Wohnungswert durchschnittlich im Jahre 1932 — 890,4 Zl., im Jahre 1933 — 847,8 Zl. gegenüber 1847 Zl. im Jahre 1927 und 1853 im Jahre 1928 betragen. Die Unterhaltskosten habe dieser Verdienst im Jahre 1927 nur zu 77 Prozent gedeckt und im Jahre 1934 sogar nur zu 66 Prozent, während man für das Jahr 1935 mit kaum 63 Prozent rechne.

Als ein weiterer Mangel komme noch die geringe Ertragsfähigkeit der polnischen Landwirtschaft hinzu, die mit in der mangelnden sachlichen Ausbildung und der ungenügenden Sorgfalt begründet liege. So habe beispielsweise der durchschnittliche jährliche Ernteertrag der vier Hauptgetreidearten je ha in den Jahren 1928—1932 betragen: in Dänemark — 25,6 dt., in Bulgarien — 24,5 dt., in Holland — 22,7 dt., in Großbritannien — 20,4 dt., im Deutschen Reich — 19,1 dt., in der Tschechoslowakei 18 dt., dagegen in Polen nur 11,3 dt.

Die aus den angegebenen Zahlen ersiehende Überbevölkerung schreibt Poniatowski vor allem dem in Polen herrschenden Kapitalmangel zu, welche Ansicht jedoch Caro nicht teilt. Denn weder genügender Kapitalvorrat noch bessere Preise allein brächten das Landproblem der Lösung näher, da bei der damit im Zusammenhang stehenden zunehmenden Intensifizierung nur noch mehr Landarbeiter erworbenswürdig würden.

Zusätze sei andererseits auch, daß selbst eine Parzellierung aller staatlichen und kirchlichen Güter nicht ausreichen würde. Poniatowski schätze den für Parzellierungszwecke zur Verfügung stehenden Landvorrat auf 3,6 Millionen ha, was die Schaffung von 600 000 Wirtschaften von einer Durchschnittsgröße zu je 6 ha ermöglichen würde.

Aber selbst wenn diese Summe zu hoch zeranschlagt wäre und der wirtschaftliche Fortschritt für einige Zeit gehemmt werden sollte, so fänden dem andererseits nationale und staatliche Notwendigkeiten von größerer Bedeutung gegenüber.

Man könne die Parzellierung auch nicht als Allheilmittel für alle Anfangsschwierigkeiten in der Landwirtschaft ansehen, sondern vielmehr nur als ersten entscheidenden Schritt des Staates zum Zwecke der Ordnung und Besserung der Agrarverhältnisse. Der zweite Schritt sei der notwendige Ausbau des Genossenschaftswesens auf breiterer Grundlage. Und diesem müsse wiederum die intensivste Verbreitung des landwirtschaftlichen Fachschulwesens folgen.

Dazu seien riesige Kapitalfonds notwendig. „Die Schwierigkeiten, welche mit der Beschaffung dieser Kapitalien verbunden seien, dürften aus jedoch nicht entmutigen. Die Parzellierung ist nicht nur aus Gründen der Bevölkerungsverteilung und der sozialwirtschaftlichen Rücksichten erforderlich, sondern auch aus national-staatlichen Rücksichten unumgänglich und bildet geradezu die Sicherung unserer Herrschaft über unsere Grenzgebiete besonders im Osten und

Westen. Leben wir doch zwischen zwei mächtigen Staaten, deren dauernder Freundschaft wir nicht trauen dürfen. Wir haben mit ihnen verhältnismäßig den stärksten Bevölkerungszuwachs, doch absolut muß diese Zunahme bei uns viel geringer sein, weil die Anzahl unserer Bevölkerung bedeutend kleiner ist. Im Falle eines zukünftigen Zusammenralls werden die absoluten Zahlen von großer Bedeutung sein. Unter diesen Umständen muß eine kluge und zielvolle Parzellierung einer der hauptsächlichsten Programmpunkte jeder polnischen Regierung sein.*

[„Kurjer Poranny“ v. 11. 7. 1935
 „Słowo Pomorskie“ v. 21. 9. 1935
 „Dziennik Bydgoski“ v. 29. 9. 1935
 „Dziennik Poznański“ v. 22. 9. 1935.]

Der deutsche Groß- und Kleingrundbesitz in Pommern.

Mit dem Artikel unter obigem Titel scheint Kazimierz Dworzaczek die Behandlung und farntemäßige Darstellung der Frage des deutschen Grundbesitzes in Polen und Pommern in der polnischen nationaldemokratischen Presse beendet zu haben. (Vgl. „Dziad-Beilage“, Reihe B, Nr. 13 und 16/1935.) Im Gegensatz zu den früheren Arbeiten befaßte sich auch der Verfasser mit der Wiedergabe des ihm zur Verfügung stehenden Karten- und Zahlenmaterials. Die beiden Karten, deren Inhalt wir zum Schluß wiedergeben, sind einer vom Baltischen Institut in Thorn herausgegebenen Arbeit von A. Wrosta „Der Grundbesitz in Pommern“ entnommen.

Nach einem einleitenden Hinweis auf die früheren Artikel wendet sich Dworzaczek der Frage zu, wie sich der deutsche Grundbesitz in Pommern in Groß- und Kleingrundbesitz gliedert.

„Besonders kraß fällt das Mißverhältnis zwischen der 9% betragenden deutschen Bevölkerung in Pommern und dem beinahe die Hälfte des gesamten Großgrundbesitzes umfassenden deutschen Großgrundbesitz — genauer 45,4% — auf. Einen geringeren Prozentsatz deutschen Großgrundbesitzes haben wir nur in 7 Kreisen: Konitz, Tuchel, Thorn, Briesen, Strasburg, Löbau und Soldau. Im nördlichen Teil Pommerns tritt der größte Prozentsatz des deutschen Großgrundbesitzes in dem für unsere Tätigkeit so außerordentlich wichtigen Seekreis und zwar mit 56,9% auf. Der Anteil in den übrigen Kreisen, die an das Gebiet der Freien Stadt Danzig angrenzen, ist nicht viel geringer: Karthaus (51,8%), Berent (46,8%), Dirschau (48,6%).

Den größten Prozentsatz deutschen Großgrundbesitzes sehen wir geschlossen in den Kreisen Stargard (68,8%), Graudenz (66,8%), Schwetz (63,5%) und Kulm (50,6%) sowie in dem nach Südwesten hinausgeschobenen Kreise Zempelburg (37,7%).

Wir erinnern uns aus den früheren Artikeln, daß das mit dem Süden Pommerns benachbarte nördliche Gebiet der Wojewodschaft Posen einen niedrigeren Prozentsatz deutschen Großgrundbesitzes hat: Wirsitz 33%, Bromberg 9,8%, Kolmar 31%, Schubin und Hohensalza je 27%. Dagegen ist der Prozentsatz des deutschen Kleingrundbesitzes in diesen Kreisen hoch.

Sehen wir uns jetzt den Besitzstand in Pommern betreffend den Kleingrundbesitz an. Im Gebiet der Wojewodschaft sind die Deutschen im Besitze fast des vierten Teiles des gesamten Kleingrundbesitzes — genau 23,6% — während wir bei dem deutschen Großgrundbesitz 45,4% feststellten.

Über 30% finden wir in dem Kreiskomplex, der sich von Dirschau (30,5%) über Schwetz (33,3%) und Graudenz (41,5%) gegen Süden nach Kulm (39%), Briesen (31%) und Thorn (35,6%) hinzieht sowie wieder in dem Grenzkreise Zempelburg (54,9%).

Wir erinnern daran, daß in dem benachbarten südlichen Teil des Posenschen der Anteil des deutschen Kleingrundbesitzes überaus hoch ist. Es sind dies die Kreise: Wirsitz (43%), Bromberg (42%), Kolmar (72,5%), Schubin (49,3%), Czar-nikau (51%), Obornik (41%), Wongrowitz (38%), Znin (27%) und Hohensalza (39%). Hoch ist auch der Anteil in den Kreisen Mogilno (28%), Onesen (32%) und Samter (30%). Und der westliche Teil des Posenschen stellt sich hinsichtlich des deutschen Kleingrundbesitzes nicht weniger gefährlich, als das nördliche Gebiet dar: Kreis Birnbaum (40%), Neutomischel (48%), Wollstein (41%) und Lissa (42%).

Während der deutsche Großgrundbesitz hinsichtlich des Nationalitätenstandpunktes infolge seiner Germanisierungstendenz auf die Gutsbevölkerung eine große Gefahr bedeutet, dort aber immerhin noch Platz für Polen ist, so stellt der deutsche Kleingrundbesitz 100% sichere deutsche Posten dar. Nicht ohne Grund betrieb die preussische Ansiedlungskommission in der Zeit der Teilung Polens eine Verdrängungspolitik gegenüber den polnischen Elementen unter gleichzeitiger Ansiedlung von deutschen Bauern auf dem aufgekauften Boden.

Die Anzahl der kleinen und mittleren polnischen Bauernstellen kann in beiden Wojewodschaften durch eine planmäßige Parzellierungsaktion mit entsprechender Anwendung der Agrarreform auf den deutschen Großgrundbesitz vergrößert werden.

Möchten doch alle Lenker des Staateschiffes und alle Politiker, die von patriotischem Geist und der Sorge um den polnischen Staat durchdrungen sind, stets das Bild des Verhältnisses des deutschen zum polnischen Grundbesitz in den westlichen Wojewodschaften vor Augen haben.*

Nächstes geben wir den Inhalt der vom Verfasser abgedruckten Karten wieder, die den deutschen Groß- bzw. Kleingrundbesitz in Pommern in im Jahre 1933 im prozentualen Verhältnis zum gesamten Groß- bzw. Kleingrundbesitz darstellen:

Kreis	Anteil des deutschen	
	Großgrundbesitzes	Kleingrundbesitzes
1. Seekreis	56,9%	12,4%
2. Karthaus	51,8%	11,2%
3. Berent	46,8%	22,4%
4. Dirschau	48,6%	30,5%
5. Stargard	68,8%	11,8%
6. Konitz	23,1%	15,8%
7. Tuchel	27,0%	16,8%
8. Zempelburg	58,7%	54,9%
9. Schwetz	63,5%	33,3%
10. Graudenz	66,8%	41,5%
11. Kulm	50,6%	39,0%
12. Thorn	25,8%	35,6%
13. Briesen	30,3%	31,0%
14. Löbau	34,5%	8,2%
15. Strasburg	33,0%	21,6%
16. Soldau	16,3%	20,6%

[„Kurjer Poznański“ v. 15. 9. 1935.]

Die Tätigkeit der Kreditgenossenschaften.

Im Jahre 1933 wurde in Polen mit einer Reorganisation des gesamten Genossenschaftswesens sowohl in sachlicher wie in territorialer Hinsicht begonnen. Dabei wurde eine Umgruppierung in andere Genossenschaftsverbände bei gleichzeitiger Zentralisierung vorgenommen. Die alten Genossenschaften haben nun aus den Vereinigungen getrennt, aber, was wichtiger ist, auch eine Anzahl schlecht oder unzureichend arbeitender Genossenschaften aus den Verbänden ausgegliedert. Auf diese Art treten mehrere Genossenschaftsverbände aufgelöst und ihnen das Genossenschaftsrecht für Genossenschaften entzogen worden.

Mit der Gründung des „Verbandes der Landwirtschaftlichen und Erwerbs-Wirtschafts-Ge-

nossenschaften der Republik Polen", sowie des „Verbandes der Genossenschaften und Arbeitervereinigungen der Republik Polen“ hätten die Kreditgenossenschaften zum 1. April 1935 ihre endgültige Form erhalten. Die erfolgte Zusammenfassung ergab nunmehr folgendes Bild:

	Anzahl der Genossenschaften am 1. 4. 1935	% der Gesamtzahl der Genossenschaften
Kreditgenossenschaften insgesamt	5.563	100,00
I. Verbandsgenossenschaften	5.168	92,90
A. Polnische Genossenschaften 3.477	62,50	
1. Verband der Landwirtschaftl.-u. Erwerbswirtschafts-Genossenschaften d. Rep. Polen (Warschau)	3.386	60,86
2. Verband d. Genossenschaften u. Arbeitervereinigungen der Rep. Polen (Warschau)	90	1,62
3. Revisionsverband der Militär-Genossenschaften (Warschau)	1	0,02
B. Genossenschaften der nationalen Minderheiten	1.691	30,40
a) jüdische Genossenschaften	696	12,51
1. Verband d. Jüdisch. Genossenschaften (Warschau)	583	10,48
2. Verband d. Jüdischen Kaufmanns-Genossenschaften in Polen (Warschau)	113	2,03
b) ukrainische u. weißrussische Genossenschaften	581	10,45
1. Revisionsverband der Ukrainischen Genossenschaften in Lemberg	547	9,84
2. Revisionsverband der Weißrussischen Genossenschaften (Lemberg)	34	0,61
c) deutsche Genossenschaften	414	7,44
1. Verband der Deutschen Genossenschaften in Polen (Posen)	352	6,33
2. Verband der Ländlichen Genossenschaften Pommereleens (Graudenz) ..	62	1,11
II. Genossenschaften ohne Verbandszugehörigkeit (sie umfassen auch d. Genossenschaften des früheren Verbandes der Deutschen Landwirtschaftlichen Genossenschaften in Polen, mit dem Sitz in Lemberg)	395	7,10

Die zuletzt genannten Genossenschaften ohne Verbandszugehörigkeit blieben nach der sachlichen und gebietsmäßigen Neuorganisation und Zusammenfassung und der damit verbundenen Liquidierung einzelner Genossenschaften und Genossenschaftverbände außerhalb der größeren Verbände.

„In organisatorischer Hinsicht gliedern sich die Kreditgenossenschaften in Polen in vier verschiedene Arten und zwar: 1. Volksbanken, 2. Stefczykkassen, 3. produktive Spar- und Darlehns-genossenschaften und 4. andere Spar- und Darlehns-genossenschaften. Den ersten Typ — die Volksbanken — finden wir vor allem in den westlichen Genossenschaften und unter der jüdischen Bevölkerung. Es sind dies in der Regel schon Finanzinstitute mittleren Ausmaßes, deren jährliche Bilanzsummen nicht größer als 200.000 ZL sind. Sie stützen sich auf eine große Mitgliederanzahl. Die mehr als zweimal so zahlreichen als die vorigen — „Stefczykkassen“ — vermochten jedoch kaum die gleichgroße Mitgliederanzahl zu organisieren, wie die „Volksbanken“. Dies sind überwiegend kleine Institutionen mit kleinen Haushaltsummen. Fast 65 % aller Kreditgenossenschaften in Polen sind in der Form von „Stefczykkassen“ entstanden. Sie haben sich inzwischen so nach allen Richtungen hin verbreitet, daß sie in allen Wojewodschaftsgruppen am zahlreichsten vertreten sind. Ihr prozentuales Verhältnis zur Gesamtzahl der Kreditgenossenschaften drückt sich in den Zentralwojewodschaften in der Zahl von rund 58 % aus, in den östlichen — fast 70 %, den westlichen — fast 60 % und den südlichen —

über 70 %. Die übrigen Genossenschaftsarten sind zahlenmäßig schon recht gering und machen im Verhältnis zu allen Kreditgenossenschaften zusammen in allen Wojewodschaftsgruppen kaum einige Prozent aus. Ihre Anzahl und die Anzahl ihrer Mitglieder zeigt die nachfolgende Zusammenstellung (in relativen Zahlen):

	Wojewodschaften				insgesamt
	zentrale in % d. Gesamtzahl aller Kreditgenossenschaften	östliche	westliche	südliche zusam.	
Insgesamt	30,57	14,30	17,28	37,87	100,00
Volksbanken	11,73	4,05	6,72	9,30	31,80
Stefczykkassen	17,60	9,73	10,00	27,23	64,56
Produkt. Spar-u. Darlehns-Gen. 0,81	0,20	0,29	0,91	2,21	
Ander. Spar-u. Darlehns-Gen. 0,43	0,32	0,25	0,43	1,43	
in % d. Mitgliederanzahl d. Kreditgenossenschaften					
Insgesamt	24,70	13,82	14,20	47,28	100,00
Volksbanken	10,24	4,08	10,56	22,65	47,48
Stefczykkassen	13,12	9,47	2,94	22,46	47,99
Produkt. Spar-u. Darlehns-Gen. 0,90	0,13	0,51	1,73	3,27	
Ander. Spar-u. Darlehns-Gen. 0,44	0,19	0,19	0,44	1,26	

Die Kreditfähigkeit der Genossenschaften ist eine verhältnismäßig schwache. Der durchschnittliche Kredit eines einzelnen Mitgliedes überschreitet nicht 350 ZL, und dabei ist er in der Regel kurzfristig. Bei einer Summe erteilter Kredite in Höhe von 491 Millionen ZL (nach dem Stande vom 1. 4. 1935), betrug der Anteil der langfristig gewährten Kredite nur rd. 56 Millionen ZL, wovon lediglich rd. 32 Millionen ZL, d. s. rd. 65 %, hypothekarisch besichert waren. Die übrigen Gelder sind nur in Form kurzfristiger Darlehen ausgegeben worden.

Zur Finanzierung der Kreditfähigkeit der Genossenschaften finden dritte Kapitalien nur zu 55 Prozent zur Verfügung, wobei diese sich sowohl aus Spareinlagen wie aus Einlagen in laufender Rechnung zusammensetzen. Die Spareinlagen bildeten dabei den weitaus entscheidenden Anteil des örtlichen Kapitals, indem sie die erteilten Kredite zu fast 50 Prozent deckten, während nur 5 Prozent auf die Einlagen in laufender Rechnung entfielen. Unwürdige Gelder, welche den Kreditgenossenschaften von größeren Finanzinstitutionen zur Verfügung gestellt wurden, deckten die erteilten Kredite zu 31 Prozent, während der Restbetrag von rund 13 Prozent aus dem eigenen Nutzen der Genossenschaft stammte. Die Tätigkeit der Genossenschaften zeige in gewisser Hinsicht die nachstehend wiedergegebene Zusammenstellung der hauptsächlichsten Umsatzziffern der Genossenschaften in absoluten und prozentualen Zahlen, wie sie nach dem Stande vom 1. April 1935 erreicht worden seien.

	Kredite			Schulden	Einlagen		Zulagenreserven
	insges.	elokal- einländige	aus- ländige		insgesamt	davon einblühend	
Insgesamt	491	62	55,6	153	268	246	85
I. Verbandsgenossenschaften	473	58	55,1	148	253	233	89
a) Poln. Genossenschaften	313	44	36,4	124	147	187	18
b) Genossenschaft d. nationalen Minderheiten	160	14	18,7	24	106	96	16
1. jüdische Gen.	54	8	0,5	4	33	29	4
2. ukrainische und weißrussische Gen.	11	4	0,2	2	7	7	0,5
3. deutsche Gen.	94	2	18,0	18	65	60	11
II. Genossenschaften ohne Verbandszugehörigkeit	18	3	0,5	5	15	13	1

Die gesündesten Finanzverhältnisse herrschen in den deutschen Genossenschaften, die mit bedeutenden örtlichen Einlagen arbeiten, welche ausschließlich zu kurzfristigen Krediten verwendet werden. Die Schulden dieser Genossenschaften übersteigen nicht die Summe der langfristigen Kredite. Die Kreditrückstände sind hier außerordentlich gering.

In den polnischen Kreditgenossenschaften wird die Darlehnsaktion fast in dem gleichen Maße wie mit örtlichen Kapitalien auch mit auswärtigen, vom Staat und den Selbstverwaltungen zur Verfügung gestellten Krediten geführt.

Die jüdischen und ukrainischen Genossenschaften befassen sich in nur geringem Umfange mit der langfristigen Kreditgewährung.

Ein Leiden unseres Kreditgenossenschaftswesens ist die schlechte Tilgung der Darlehen durch die Schuldner.

Ein zweiter schwacher Punkt in der Tätigkeit dieser Institutionen ist die Finanzierung kurzfristiger Darlehen mit Hilfe hoch zu verzinsender Kredite, welche diese Aktion bedeutend verteuern.

Der dritte Mangel sind die geringen Umsätze dieser Institutionen, was sie zu einer hohen Verzinsung der Kredite und einer bedeutenden Gewinnausschüttung zwingt.

Zur vollkommenen Kennzeichnung der Tätigkeit der Kreditgenossenschaften müßte noch die Verteilung ihrer Spar- und Darlehnsaktion auf die einzelnen Gebiete untersucht werden. Es ist dabei leicht festzustellen, daß die Spar- und Darlehnsaktivität am intensivsten in den westlichen Wojewodschaften geführt wird; eine fast dreimal geringere, aber immerhin noch recht beachtliche Tätigkeit weisen die zentralen Wojewodschaften auf; dagegen haben die südlichen Wojewodschaften eine um fast $\frac{1}{2}$ geringere Darlehns- und fast um die Hälfte geringere Spartätigkeit aufzuweisen, als die Zentralwojewodschaften; eine sehr schwache Spartätigkeit entwickelt sich in den östlichen Wojewodschaften, dagegen ist die Darlehnsaktivität, welche sich auf Staatskredite stützt, hier verhältnismäßig noch recht bedeutend und auf die einzelnen Finanzinstitute berechnet sogar noch stärker als in den südlichen Wojewodschaften. In den westlichen Wojewodschaften weisen die Kassen sowohl auf dem Gebiete der Darlehnsvermittlung wie auch der Einlagen einen jährlichen Umsatz von einigen hunderttausend Zloty aus; in den Zentralwojewodschaften übersteigen diese Umsätze nicht einige zehntausend Zl. jährlich; in den südlichen und östlichen Wojewodschaften dagegen halten sich die Umsätze jeder Kasse hinsichtlich der Darlehnsaktivität noch auf der Basis mehrerer zehntausend Zloty, dagegen erreichen sie in Bezug auf die Spartätigkeit kaum die Summe von wenigen zehntausend Zl.

Der Stand der Tätigkeit zum 1. April 1933 — (wahrscheinlich soll es wohl 1935 heißen) — stellt sich wie folgt dar:

Wojewodschaften	Anzahl der berücksichtigten Kassen	Kredite				Spar-einlagen	Laufende Rechnungen
		Insgesamt	in Höhe der Zahlungsmittel	davon hypothek. Kredite	in Höhe der Spar-einlagen		
I. Verbands-Genossenschaften							
Zentral-Wojew.	5 183	472 986	58 286	31 646	233 171	24 046	
östliche "	1 569	134 176	18 805	5 312	74 978	9 069	
westliche "	756	42 596	5 673	595	7 901	1 439	
südliche "	885	195 856	16 839	24 430	107 001	11 742	
südliche "	1 975	100 558	16 969	1 309	43 291	1 796	
II. Genossenschaften ohne Verbandszugehörigkeit							
Zentral-Wojew.	896	17 637	3 461	287	12 612	2 445	
östliche "	74	1 913	317	2	3 765	119	
westliche "	61	2 210	1 005	3	3 288	286	
südliche "	17	572	50	24	325	10	
südliche "	244	12 942	2 089	258	8 294	2 030	

Der Verfasser des Artikels gibt zum Schluß der Hoffnung Ausdruck, daß die durchgeführte Reorganisation der Kreditverbände, ihre teilweise Befreiung von politischen Einflüssen, die Auswahl der leitenden Kräfte unter dem Gesichtspunkte der Fähigkeit und der Fachkenntnis, die heute zum Teil noch vorhandenen Schwächen und Mängel im Kreditgenossenschaftswesen beseitigt werden würden, so daß die Gewähr dafür gegeben sei, daß die mühsam erparten Gelder bestmögliche Verwendung finden würden.

(„Polska Gospodarcza“ Heft 39 v. 28. 9. 1935.)

Charakter und Organisation der Bialystoker Textilwarenfabrik.

Von den drei hauptsächlichsten polnischen Textilindustriestützpunkten nimmt Bialystok hinsichtlich des Wertes der ausgeführten Textilserzeugnisse die zweite Stelle ein. Die Produktion dieses Gebietes unterscheidet sich bedeutend von der des Lodzer oder Bielsker Zentrums. Die grundfäähliche Eigenart dieser Erzeugung ist die Art der Rohstoffe, welche zur Herstellung von Textilwaren verwendet werden: als Rohstoffe kommen fast ausschließlich Lumpen in Frage. Die Haupterzeugnisse sind feine nichtgepreßte Wollstoffe und Pleeds (Zeden). Diese Waren würden sowohl auf dem In- wie Auslandsmarkt abgesetzt, wobei das Verhältnis des Ausfuhrwertes dieser Waren zu ihrer Gesamtproduktion rd. 40 Prozent betrage.

Der Export der Textilserzeugnisse des Bialystoker Gebietes ruht in Händen von rd. 30 Exporteuren (fast ausschließlich Juden), in der Textilfabrikation des Industriellenverbandes in Bialystok zusammengeschlossen seien. Die Ausfuhr von Wollstoffen stellte sich in den Jahren 1932—1935 folgendermaßen dar:

	Gewicht in dz.	Wert der Ausfuhr in 1000 Zl.	
		1932	1933
1932	4 741	2 211	
1933	9 927	4 346	
1934	17 535	6 653	
1935 (7 Mon.)	9 838	3 448	

Als Hauptausfuhrrichtungen seien zu nennen:

	1932		1933		1934	
	in 1000 Zl.	%	in 1000 Zl.	%	in 1000 Zl.	%
China	704	32	1 246	29	2 472	37
Mandschurei	—	—	1 408	32	1 217	18
Brit.-Indien	181	8	553	13	1 192	18
Süd-Afrika	28	1	164	4	193	3
Perlen	140	6	107	2	280	4

Als Hauptgründe dieser Ausfuhrentwicklung seien zu nennen: 1. ein verhältnismäßig großer Bedarf an Bialystoker Stoffen auf den Absatzmärkten, 2. verhältnismäßig niedrige Preise für diese Stoffe (z. B. Anzug oder Mantel kosten durchschnittlich 1 £), 3. die kaufmännische Elastizität der Bialystoker Exporteure.

Die gegenwärtige Verkaufsorganisation läßt sich kurz, wie folgt, charakterisieren: „Die Ausfuhr entwickelt sich nach den Grundsätzen der freien Konkurrenz, Exporteure sind in der Regel die Erzeuger. Die Verbindung mit dem Auslande wird gewöhnlich durch Vermittlung von Vertretern — meistens Familienangehörige der Bialystoker Exporteure, aufrecht erhalten, welche in den Ländern, in denen die Waren abgesetzt werden, wohnen, seltener dagegen durch die Vermittlung besonderer Handelsvertreter, welche für die Bearbeitung eines gegebenen Marktes gehalten werden . . . Es muß festgestellt werden, daß eine solche Form der Verkaufsorganisation auf den ausländischen Märkten nicht als gut bezeichnet werden kann . . .“

(„Polska Gospodarcza“, Heft 34, v. 24. 8. 1935.)

Zinslose jüdische Kassen in Polen.

Vor wenigen Tagen erschienen in der nationaldemokratischen Presse Aufsätze über die Tätigkeit der seit mehreren Jahren in Polen bestehenden jüdischen Darlehnskassen, die unverzinsliche Gelder ausleihen und die das Werk einer mächtigen Institution des amerikanischen Judentums sein sollen. Wie das „Słowo Pomorskie“ dazu schreibt, sei die Gefahr einer jüdischen Expansion auf wirtschaftlichem Gebiete in letzter Zeit in einem solchen Maße angeht, daß es lohnend sei, sich genauestens mit den Mitteln ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit zu befassen, welche die Hauptquellen ihrer Kraft und ihres Übergewichts im Wirtschaftsleben Polens seien. Diese zinslosen Kassen seien aus den früheren jüdischen Hilfswertmessen hervorgegangen und hätten seit dieser Umwandlung einen raschen Aufschwung erlebt.

„Die jüdischen zinslosen Kassen in Polen sind nicht nur Ausdruck der jüdischen Weltpolitik, welche die Erhaltung und Entwicklung der politischen und wirtschaftlichen Macht der größten Zusammenballung von Juden, wie sie das Judentum in Polen darstellt, anstrebt, sondern außerdem geben diese Kassen eine Einflußmöglichkeit der ausländischen Juden in die inneren Verhältnisse unseres Landes. Man muß nämlich wissen, daß die Initiative zur Umgestaltung der jüdischen Hilfskomitees in zinslose Kassen, ihr Arbeitsprogramm und die Ausstattung dieser Kassen mit bedeutenden Finanzmitteln — das Werk des „Joint“, d. h. des Vereinigten Amerikanischen Verteilungskomitees, ist, einer mächtigen Institution des amerikanischen Judentums, die fast den vollständigen Einfluß auf die Richtung der Tätigkeit der genannten Kassen hat und auf diesem Wege versucht, die wirtschaftliche Einflußsphäre der Juden in Polen zu erweitern.

„Joint“ erstrebe durch diese Aktion über die zinslosen Kassen, wie bereits erwähnt, die Erreichung folgender Ziele: Hilfeleistung der kleinen und mittleren jüdischen Bevölkerungsschicht und insbesondere den kleinen Händlern, Kautleuten und Handwerkern (diese Hilfe besteht in der zinslosen Krediterteilung, sei es in bar, in Wertpapieren, oder auch in Waren und Rohstoffen), Gründung von Genossenschaften der kleinen Handwerker, welche nicht in der Lage sind, eigene Werkstätten oder Fabriken zu führen; Einrichtung von Fach- und Handeschulen sowie Handwerkskursen für die jüdische Jugend; schließlich auch noch die Aktion, nur für die verarmten Juden neue Erwerbsmöglichkeiten ausfindig zu machen.

Ein Mittel zur Verwirklichung dieser Pläne sind die jüdischen zinslosen Kassen, deren Bestehen bis auf das Jahr 1926 zurückreicht. Die Durchführung der gestellten Ziele soll nach den Absichten des Wirtschaftskommissars des „Joint“ zur Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der Juden in Polen beitragen und die Grundlage für die weitere wirtschaftliche Ausdehnung des Judentums in unserem Lande bilden.“

[„Słowo Pomorskie“ v. 9. 10. 1935.]

Zum Wegebauprogramm für die Jahre 1935—41.

Im Nachtrag zu den Artikeln in Nr. 10 (1935) S. 41 und Nr. 17/18 (1935) S. 70/71 der „Ostland-Beiräte“ sei aus einer Abhandlung des Ingenieurs Edmund Nowakiewicz, Abteilungsdirektors im polnischen Verkehrsministerium, noch folgendes mitgeteilt. Verfasser betont noch einmal die schon von uns

erwähnte Tatsache, daß die ehemals preussischen Gebiete (Westpreußen, Polen und OberSchlesien) die größte Dichte an Barten Wegen aufweisen (OberSchlesien: 53 km auf 100 qkm; Polen und Westpreußen: ca. 30 km auf 100 qkm). Diese letztere Verhältniszahl möchte er als Durchschnittsnorm für den zukünftigen Ausbau des Straßennetzes in Polen ansehen, wobei er allerdings diese Zahl für die Sumpf- und Waldgebiete des Ostens wesentlich herabziehen will, und zwar bis auf 0,15 km. Die Gesamtlänge aller noch auszubauenden Straßen berechnet Verfasser auf ca. 57 000 km, meint aber, daß mit Rücksicht auf die schwere finanzielle Lage der Bau auf einen Zeitraum von 20—25 Jahren verteilt werden müsse, so daß jährlich ca. 2300 km gebaut würden. Dabei sei in den nächsten sechs Jahren der Osten in erster Linie zu berücksichtigen, da hier größere Teile des Landes überhaupt keine Wegeverbindungen besäßen. Von wichtigeren Verkehrswegen seien im Programm des Ministeriums folgende Straßen-Neubauten vorgesehen:

1. Wilna—Kobjinnik—Wierentz;
2. Wilna—Nowogrödel;
3. Breit (Witost)—Kobryn—Piłkitt;
4. Włodzimierz—Łuck (Teil der Straße Warschau—Kiew). Daneben sei in dem 6-jährigen vom Verkehrsministerium aufgestellten Wegebauprogramm die Schaffung von besserem Oberbau auf folgenden Straßen vorgesehen: 1. Warschau—Modlin—Sierpe—Nypin—Graudenz—Gdingen—Putzig; 2. Warschau—Pultusk—deutsche Grenze, Richtung Königsberg; 3. Warschau—Bialystok—Grodna—Wilna (Richtung Lettland, Veningrad); 4. Warschau—Minsk—Magonecti—Breszt (weiter Kobryn—russische Grenze—Moskau); 5. Warschau—Lublin—Lemberg—Stanisławów—Sniatyn (nach Bukarest); 6. Lublin—Włodzimierz—Łuck—Nöme—Staatsgrenze (nach Kiew); 7. Warschau—Radom—Kielce—Michów—Krafaun—Zatopane—Morzkie Oto (nach der Tschekoslowakei); 8. Kielce—Zulf—Solec—Tarnów—Krynica—Nusztyna—Laluchów (nach der Tschekoslowakei); 9. Warschau—Piotrków—Czestochowa—Dombrowa-Kovler—OberSchlesien; 10. Warschau—Lowitz—Kolo—Weiden—Pofen—Staatsgrenze (nach Berlin); 11. Kolo—Neustadt—Staatsgrenze (nach Stettin); 12. Bromberg—Eborn; 13. Pofen—Thorn—Graudenz (hier Anschluß an die Straße Warschau—Gdingen); 14. Ausfallstraßen aus Pofen; 15. Piotrków—Łódz—Łęzycza—Krosniewice—Wloclawek (von dort Anschluß an die Straße nach Danzig).

Unter Punkt 16—21 nennt Verfasser einige von Lowitz, Michów, Czestochowa, Krafaun und Wloclawek ausgehende Straßen mit hervorragender wirtschaftlicher Bedeutung und schließlich unter 22—26 Straßen im Karpatenland, welche für den Fremdenverkehr besondere Bedeutung haben.

Die Gesamtlänge der in dem Zeitraum 1935—1941 mit verbessertem Oberbau zu verbauenden Straßen gibt Verfasser mit 4762 km an; davon sollen 1100 km auf den schweren, 2200 km auf den mittleren und 1400 km auf den leichten Typus entfallen. (Vgl. die abweichende Zahl in „Ostland-Beiräte“ 1935 Nr. 17/18 S. 71 unten.) Als Gesamtkosten nennt Verfasser, ebenfalls von den vorgenannten Angaben abweichend, den Betrag von 325 Millionen Zloty.

[„Kurjer Poranny“ v. 11. 10. 1935 S. 7.]